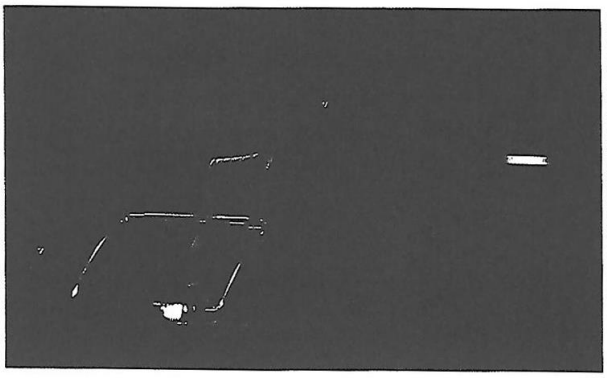


Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Foto: Tilo Liewald*

Hauptbericht

Fachtagung „Soziale Ausgrenzung und neue soziale Risiken in einer sich wandelnden Gesellschaft – Die Zukunft der sozialen Dienste in Europa"

Am 31. 5. 2001 fand in Berlin, Bank für Sozialwirtschaft, die Fachtagung „Soziale Ausgrenzung und neue soziale Risiken in einer sich wandelnden Gesellschaft – Die Zukunft der sozialen Dienste in Europa" statt. Die Veranstaltung wurde im Rahmen des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa unter der Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge durchgeführt. Sowohl Referenten/innen als auch der Teilnehmer/innenkreis setzte sich aus deutschen und europäischen Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände, der kommunalen Spitzenverbände, aus Politik, Forschung, unabhängigen wissenschaftlichen Instituten und anderen Sozialverbänden zusammen. Die Dokumentation der Tagung können Sie in Kürze über das Observatorium erhalten. Lesen Sie im Folgenden eine Auswertung durch Pfarrer Jürgen Gohde, Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).

Verena Hausen

„Zukunft der sozialen Dienstleistungen – Herausforderungen, Risiken und Chancen"

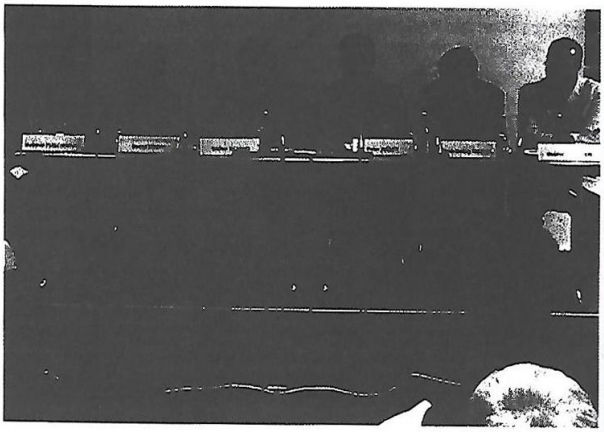
Zum 31. 5. 2001 hatten das Bundesfamilienministerium, das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge zu einer Fachtagung über Chancen und Risiken, über die Zukunft der sozialen Dienstleistungen nach Berlin eingeladen. Die Fragestellung brennt den Verantwortlichen in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege nicht nur in Deutschland auf den Nägeln. Wer für Europa eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit will, wer an einem europäischen Sozialmodell interessiert ist, das den Bereich der sozialen Dienstleistungen und der Zivilgesellschaft nicht marktmäßig strukturiert, braucht solche Tagungen. Sie sind nötig. Zur Erarbeitung konsensfähiger Positionen, zum Aufbau von Bündnissen gegen Armut und Ausgrenzung, für die Kooperationsfähigkeit von öffentlichen und privaten Trägern und nicht zuletzt zur Vermeidung einer Fixierung auf die eigenen – deutschen – Probleme.

Wider die Ohnmacht – die Rückkehr der Politik

Hat die Politik überhaupt eine Chance im Zeitalter eines zunehmenden, auch den sozialen Bereich erfassenden Wettbewerbs oder bestimmen die Mechanismen des Marktes, was zu tun und was zu lassen ist? Wer die Frage stellt, könnte sie abwehrend stellen und versuchen, so etwas wie eine chinesische Mauer um die Systeme des Sozialschutzes zu errichten und zu versuchen zu überleben. Aussichtsreich wäre eine solche Strategie nicht. Man könnte aber auch – wie es die Tagung getan hat – die Frage in einem aktiven Sinn stellen, das gestaltende Potenzial einbringen, das die Kräfte der Zivilgesellschaft und die Verbände der freien Wohlfahrtspflege einbringen. Auch und gerade dann bleiben viele offene Fragen, z. B. nach einem offenen, gleichen Zugang von Bürgerinnen und Bürgern zu den sozialen Dienstleistungen, z. B., ob von einem dritten, vierten oder viel einfacher einem sozialen Sektor geredet werden sollte.
Einigkeit bestand darin, dass ein Modell sozialer Dienstleistungen, das Menschen marginalisiert, nicht erstrebenswert und nach dem Gipfel von Nizza auch nicht möglich ist. Das künftige Europa darf nicht nur ökonomisch, sondern muss auch sozial definiert werden. Nicht allein soziale Lebenslagen und Strategien zur Vermeidung von Ausgrenzung können öffentliches Interesse beanspruchen, die Frage des Zugangs ist entscheidend und der besondere Charakter der Dienstleistungen, die von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege erbracht werden, liegt im öffentlichen Interesse. Dieser lässt sich in einem Prozess der Selbstaufgabe und Anpassung verspielen – wie an den Landesbanken zu sehen ist – oder in einem öffentlichen politischen Diskurs neu gewinnen und in praktischen Modellen umsetzen.
Hans Georg Weigel hat den letzten Punkt in der Schlussrunde zu Recht herausgestellt.

E-Business, E-Beratung – neue Chancen für mündige Nutzer von Dienstleistungen?

Die Trends sind eindeutig: mehr Wettbewerb, mehr Markt werden die Position des Bewohners von Alteneinrichtungen, der Patientinnen in Krankenhäusern und der Ratsuchenden verstärken. Damit verändern sich Paradigmen der sozialen Arbeit unumkehrbar. Es ist nicht allein eine Frage der „richtigen" oder „falschen" Position, sondern der wirtschaftlichen und politischen Vernunft, wenn die Verbände sich der selbstkritischen Frage nach ihrer Modernisierung stellen. Mündige Verbraucher steuern Dienstleistungsangebote und verändern ihre Struktur. Wer allerdings nur seine eigene Haut zu Markte tragen kann, ist ohne Chance. Hier wurden viele offene Fragen sichtbar. Vieles blieb blass, vielleicht deshalb, weil die Diskussion ohne die Praktiker der Basis geführt wurde. Es würde sich lohnen, die Situation der Verlierer dieses Modernisierungsprozesses – Frauen, Alte, Behinderte – im europäischen Kontext genau zu analysieren. Ein weiteres Ziel besteht darin, Ausgrenzung zu vermeiden, die sich aus der Struktur



Podium von links nach rechts: Prälat Hellmut Puschmann/Präsident des Deutschen Caritas-Verbandes, Prof. Dr. Bernd Marin/Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung/Wien, Podiumsleiter Walter Schmid/Präsident der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, Peter Haupt/Staatssekretär im BM Familie, Senioren, Frauen und Jugend, H.-Georg Weigel/Leiter des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Roland Schäfer/Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Foto: Tilo Liewald, Paritätische Akademie Berlin

personenbezogener Dienstleistungen ergibt: wie sieht z. B. die IT-Nutzung in der Beratung von Wohnungslosen oder von Sozialhilfeempfängern/innen aus, wie wirkt sich die Datentransparenz in der Kooperation von Einrichtungen und Diensten aus, wenn es um Entgelte geht, und nicht zuletzt: Wie hilft die verstärkte Partizipationsmöglichkeit von Nutzern den Trägern, ihre Arbeit ihrem Auftrag entsprechend zu gestalten. Dass damit eine zentrale Frage nach den Modernisierungspotenzialen und -ressourcen gestellt ist, liegt auf der Hand. Ein Modethema ist das nicht, schon gar nicht ein Thema für EDV-Fachleute, hier sind Datenschützer genauso gefragt wie Konzeptionsverantwortliche. Wer Ausgrenzung wie gläserne Patienten vermeiden will, muss die Diskussion als Steuerungsdiskussion angehen. Mehr als ein erster Impuls konnte in dieser Hinsicht nicht von der Tagung ausgehen, Herausforderungen für die Nacharbeit sind aber deutlich.

Wertgebundene Arbeit – ethische Steuerungsmechanismen?

Mehr Wettbewerb heißt mehr Profil. Es ist eine Binsenweisheit. Zugleich eine zentrale Herausforderung an den Charakter der sozialen Dienstleistungen, die von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege erbracht werden. Nicht ohne Grund haben Thomas Olk und andere Wissenschaftler/-innen auf die abnehmende Milieubindung der Verbände und die verstärkte Homogenisierung ihrer Angebote verwiesen. Standardisierungen mögen unter Kostenaspekten ihren Charme haben, dem Leben dienen sie nur sehr bedingt. In Zeiten des Wettbewerbs und knapperer Mittel stellt sich nicht nur die in Zeiten der Selbstkostendeckung völlig uninteressante Frage nach optimalen Betriebsgrößen und Kooperationen von Einrichtungen, sondern auch die Frage nach dem Versagen des Marktes. Sie ist nur auf den ersten Blick eine betriebswirtschaftliche Herausforderung. Es gibt in vielen Sektoren europäischer sozialer Dienstleistungen eine implizite Rationierung. Rationalisierungspotenziale werden bis zum Beweis des Gegenteils in vielen Feldern behauptet. Dass die Frage nach ethischen Steuerungsmechanismen auf der Tagung gestellt und diskutiert wurde, sehe ich als eindeutigen Gewinn. Es mag noch ungewohnt sein, nach der ethischen Relevanz von finanziellen Entscheidungen zu fragen, aber die Frage nach dem Notwendigen und dem Zulässigen beschäftigt nicht nur die Experten/-innen der biomedizinischen Debatten. Die anstehenden Probleme lassen sich nicht in privaten Diskursen mit beliebigen Ergebnissen lösen. Es ist keine Zeit, in der Sozialpolitiker/-innen in Urlaub gehen dürfen.

Pfarrer Jürgen Gohde
Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).